

# Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XVII
Literaturauswahl . . . . .	XXV
Einführung . . . . .	XXVII

## 1. Teil. Grundprobleme des Umweltrechts

<b>§ 1. Strukturen des Umweltrechts . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Einleitung . . . . .	1
<i>Fall 1: Das Gutachten der Sachverständigenkommission</i> . . . . .	1
II. Der Zweck des Umweltrechts . . . . .	2
III. Die Prinzipien des Umweltrechts . . . . .	3
1. Das Vorsorgeprinzip . . . . .	3
2. Das Verursacherprinzip . . . . .	5
3. Das Kooperationsprinzip . . . . .	7
IV. Instrumente des Umweltrechts . . . . .	8
1. Planungsinstrumente des Umweltrechts . . . . .	9
a) Umweltschutz durch Fachplanung . . . . .	9
b) Umweltschutz durch raumbezogene Gesamtplanung . . . . .	10
2. Ordnungsrechtliches Instrumentarium des Umweltrechts . . . . .	11
a) Anmelde- und Anzeigepflichten, Auskunftspflichten, Sicherungspflichten . . . . .	11
b) Gesetzliche Verbote mit Erlaubnis- und Genehmigungsvorbehalt . . . . .	11
aa) Präventive Verbote . . . . .	11
bb) Repressive Verbote . . . . .	12
c) Verfügungen der Verwaltung . . . . .	12
3. Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) . . . . .	13
a) UVP nach EG-Richtlinie . . . . .	13
aa) Zweck und Anwendungsbereich . . . . .	13
bb) Materiellrechtliche Bedeutung . . . . .	14
b) Umsetzung ins nationale Recht . . . . .	15
aa) Der Inhalt des UVP-Gesetzes . . . . .	15
bb) Das Verfahren . . . . .	15
cc) Besondere Probleme . . . . .	17
4. Abgabenrechtliche Instrumente des Umweltrechts . . . . .	17
a) Umweltsteuern . . . . .	18
b) Lenkungsabgaben . . . . .	18
c) Ausgleichsabgaben . . . . .	19
5. Informale Instrumente im Umweltrecht . . . . .	19
V. Privates Umweltschutzrecht . . . . .	21
1. Spannungsverhältnis zwischen öffentlichem und privatem Umweltrecht . . . . .	21
2. Umwelthaftungsrecht . . . . .	22
a) Das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches . . . . .	22
b) Das Umwelthaftungsgesetz . . . . .	23

VI. Ergebnis zu Fall 1 . . . . .	25
VII. Umweltinformation durch Behörden und Unternehmen . . . . .	26
<i>Fall 2: Auskunft über dubiose Emissionen</i> . . . . .	26
1. Rechtsgrundlagen für Informationsansprüche . . . . .	26
2. Das Umweltinformationsgesetz (UIG) . . . . .	28
a) Allgemeines . . . . .	28
b) Anspruchsberechtigung . . . . .	30
c) Ausnahmen . . . . .	32
3. Die Öko-Audit-Verordnung . . . . .	34
a) Allgemeines . . . . .	34
b) Verfahrensschritte . . . . .	36
c) Die Umwelterklärung . . . . .	38
4. Ergebnis zu Fall 2 . . . . .	40
VIII. Abbau des Vollzugsdefizits . . . . .	41
 § 2. Umweltschutz und Verfassungsrecht . . . . .	42
I. Grundrechtsschutz gegenüber Umwelteingriffen . . . . .	42
<i>Fall 3: Waldsterben und „Pseudo-Krupp“</i> . . . . .	42
1. Staatsziel Umweltschutz . . . . .	42
2. Kein allgemeines Grundrecht auf Umweltschutz . . . . .	43
3. Staatliche Schutzpflichten . . . . .	45
a) Grundrechte als Abwehrrechte . . . . .	45
b) Schutzfunktion der Grundrechte . . . . .	46
4. Schutzansprüche . . . . .	47
5. Entschädigungsansprüche . . . . .	49
a) § 14 S.2 BImSchG . . . . .	49
b) Amtspflichtverletzung . . . . .	49
c) Enteignung oder Aufopferung . . . . .	50
d) Ausblick . . . . .	50
6. Vorbeugende Gefahrenabwehr und Risikovorsorge . . . . .	50
<i>Fall 4: Idyllisches im Bayerischen Wald</i> . . . . .	50
a) Allgemeines . . . . .	51
b) Gefahrenabwehr . . . . .	51
c) Risikovorsorge . . . . .	52
7. Grundrechtsschutz durch Verfahren . . . . .	52
II. Verfassungsrechtliche Grenzen für den Umweltschutz . . . . .	53
<i>Fall 5: Der Skizirkus des Almbauern</i> . . . . .	53
1. Die Eigentumsgewährleistung . . . . .	54
a) Schutzbereich . . . . .	54
b) Eingriff . . . . .	54
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung . . . . .	55
2. Berufsfreiheit . . . . .	57
3. Gleichheitssatz . . . . .	58
4. Zusammenfassung . . . . .	59
III. Gesetzgebungskompetenzen im Umweltschutz . . . . .	59
<i>Fall 6: „Tempo 100“</i> . . . . .	59

## 2. Teil. Einzelgebiete des Umweltrechts

 § 3. Der Schutz vor Immissionen und Strahlen . . . . .	63
I. Einleitung . . . . .	63
II. Genehmigungspflichtige Anlagen . . . . .	64

<i>Fall 7: Der Schlachthof im Wohngebiet</i> . . . . .	64
1. Materielle Genehmigungsvoraussetzungen . . . . .	65
a) Betreiberpflichten . . . . .	65
aa) Schutzgrundsatz . . . . .	65
bb) Vorsorgegrundsatz . . . . .	68
cc) Entsorgungsgrundsatz/Gebot der Abwärmenutzung . . . . .	69
dd) Nachsorgepflichten . . . . .	70
b) Anforderungen auf Grund von Rechtsverordnungen gem. § 7 BImSchG . . . . .	70
aa) Störfall-Verordnung . . . . .	71
bb) Großfeuerungsanlagen-Verordnung . . . . .	71
cc) IVU-Richtlinie . . . . .	71
c) Vereinbarkeit mit anderen öffentlichrechtlichen Vorschriften . . . . .	72
2. Genehmigungsverfahren . . . . .	73
a) Verfahrensgang . . . . .	73
b) Einwendungsbefugnis . . . . .	74
c) Präklusion . . . . .	75
d) Verfahrensabschluß . . . . .	76
e) Vereinfachtes Genehmigungsverfahren . . . . .	77
3. Vorbescheid, Teilgenehmigung und vorzeitiger Beginn . . . . .	77
<i>Fall 8: Bodenaushub und Hochbauten</i> . . . . .	77
a) Der Vorbescheid . . . . .	78
aa) Regelungsgehalt . . . . .	78
bb) Bindungswirkung . . . . .	78
b) Die Teilgenehmigung . . . . .	79
aa) Rechtscharakter . . . . .	79
bb) Bindungswirkung . . . . .	80
c) Zulassung vorzeitigen Beginns . . . . .	80
4. Rechtsschutz im gestuften Verwaltungsverfahren . . . . .	81
<i>Fall 9: Das Sicherheitsbedürfnis des Rentners</i> . . . . .	81
a) Entgegenstehen des Vorbescheids . . . . .	81
b) Entgegenstehen einer früheren Teilgenehmigung . . . . .	82
<b>III. Entscheidungen nach Genehmigungerteilung</b> . . . . .	83
1. Nachträgliche Anordnungen . . . . .	83
<i>Fall 10: Chemiedüfte</i> . . . . .	83
a) Rechtmäßigkeit nachträglicher Anordnungen . . . . .	83
aa) Verhältnismäßigkeitgrundsatz . . . . .	84
bb) Drittenschutz . . . . .	85
b) Bestandsschutz . . . . .	86
aa) Genehmigungsrechtlich . . . . .	86
bb) Eigentumsrechtlich . . . . .	87
c) Informale Absprachen . . . . .	88
d) Konzentrationswirkung . . . . .	88
2. Änderungsgenehmigung . . . . .	89
3. Untersagung, Stilllegung und Widerruf . . . . .	90
a) Betriebsuntersagung . . . . .	90
b) Stilllegung . . . . .	90
c) Widerruf . . . . .	90
<b>IV. Zivilrechtliche Nachbaransprüche</b> . . . . .	91
V. Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen . . . . .	91
<i>Fall 11: Pilzzucht im Mietshaus</i> . . . . .	91
1. Anlagenbegriff . . . . .	92
2. Maßnahmen der Verwaltung . . . . .	93

a) Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen . . . . .	93
b) Bauordnungsrechtliche Maßnahmen . . . . .	94
c) Betriebsuntersagung . . . . .	95
VI. Landesimmissionsschutzrecht . . . . .	95
VII. Benzinbleigesetz und Fluglärmenschutzgesetz . . . . .	96
VIII. Strahlenschutzrecht . . . . .	96
<i>Fall 12: Unglücksfall in Hochberg</i> . . . . .	96
1. Atomgesetz . . . . .	96
2. Strahlenschutz- und Röntgenverordnung . . . . .	98
3. Strahlenschutzvorsorgegesetz . . . . .	99
4. Ergebnis . . . . .	100
<b>§ 4. Der Schutz des Wassers</b> . . . . .	100
I. Einleitung . . . . .	100
II. Grundsätze des Wasserhaushaltsgesetzes . . . . .	103
1. Sicherung und Bewirtschaftung der Gewässer . . . . .	103
2. Allgemeine Sorgfaltspflicht . . . . .	104
3. Wassernutzung und Grundeigentum . . . . .	104
III. Die wasserwirtschaftliche Benutzungsordnung . . . . .	105
<i>Fall 13: Ein Landwirt als Fischer</i> . . . . .	105
1. Sachlicher Geltungsbereich des WHG . . . . .	105
2. Wasserrechtliche Qualifizierung der einzelnen Vorhaben . . . . .	106
3. Der Gewässerausbau . . . . .	107
a) Planfeststellungsbedürftigkeit . . . . .	107
b) Planfeststellungsfähigkeit . . . . .	108
aa) Planrechtfertigung . . . . .	109
bb) Zwingende Versagungsgründe . . . . .	109
(1) Wasserrechtliche Vorschriften . . . . .	110
(2) Nichtwasserrechtliche Vorschriften . . . . .	110
cc) Abwägung . . . . .	111
4. Die Gewässerbenutzungen . . . . .	111
a) Gestaltungspflicht . . . . .	111
b) Art der Gestaltung . . . . .	112
c) Gestaltungsfähigkeit . . . . .	114
aa) Ermessentscheidung . . . . .	114
bb) Drittschutz . . . . .	116
5. Ergebnis . . . . .	117
IV. Wasserschutzgebiete . . . . .	117
<i>Fall 14: Landwirt contra Wasserschutzgebiet</i> . . . . .	117
1. Verfahrensfragen . . . . .	118
a) Inzidentkontrolle . . . . .	118
b) Normenkontrolle . . . . .	118
2. Begründetheit . . . . .	119
a) Formellrechtliche Fragen . . . . .	119
b) Materiellrechtliche Fragen . . . . .	119
aa) Vereinbarkeit mit der Ermächtigungsgrundlage . . . . .	119
(1) Festsetzungszwecke . . . . .	119
(2) Voraussetzungen der Festsetzung . . . . .	120
(3) Ermessen . . . . .	120
bb) Gültigkeit der gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage . . . . .	121
3. Entschädigung . . . . .	122
4. Ergebnis . . . . .	124

§ 5. Das Recht der Abfallwirtschaft . . . . .	124
I. Einleitung . . . . .	124
II. Der Abfallbegriff . . . . .	127
Fall 15: Wertvoller Autoschrott . . . . .	127
1. Allgemeines . . . . .	128
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen des Abfallbegriffs . . . . .	129
a) Der abfallrechtliche Besitzbegriff . . . . .	129
b) Bewegliche Sache . . . . .	129
c) Zugehörigkeit zu einer Abfallgruppe . . . . .	130
d) Erfüllung eines Entledigungstatbestands . . . . .	130
aa) Tatsächliche Entledigung . . . . .	131
bb) Gesetzliche Vermutung des Entledigungswillens . . . . .	131
cc) Berücksichtigung der Verkehrsanschauung . . . . .	132
dd) Entledigungzwang . . . . .	133
III. Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen . . . . .	134
1. Abfallvermeidung . . . . .	134
a) Der Grundsatz der Produktverantwortung . . . . .	134
b) Die Verpackungsverordnung . . . . .	136
aa) Entstehungsgeschichte der Verpackungsverordnung . . . . .	137
bb) Inhalt der Verpackungsverordnung . . . . .	137
cc) Struktur des dualen Systems . . . . .	137
dd) Probleme des dualen Systems . . . . .	138
c) Förderung der Abfallvermeidung durch Länder und Kommunen . . . . .	139
2. Abfallverwertung . . . . .	140
a) Verwertungsarten . . . . .	140
b) Abgrenzung zur Abfallbeseitigung . . . . .	140
IV. Die Ordnung der Abfallentsorgung . . . . .	142
1. Der Grundsatz der Eigenentsorgung (§§ 5 II 2, 11 I KrW-/AbfG)	142
2. Die Überlassungspflichten (§ 13 KrW-/AbfG) . . . . .	142
a) Obligatorische Entsorgungspflicht der öffentlichen Hand für Hausmüll . . . . .	142
b) Fakultative Entsorgungspflicht der öffentlichen Hand für Abfälle zur Beseitigung . . . . .	143
3. Zuhilfenahme Dritter bei der Entsorgung (§ 16 KrW-/AbfG) . . . . .	144
a) Dritte als Erfüllungshelfer . . . . .	144
b) Dritte als Träger der Entsorgungspflicht . . . . .	145
4. Der Grundsatz der Inlandsbeseitigung . . . . .	146
V. Überwachung und Kontrolle . . . . .	146
1. Behördliche Überwachung . . . . .	146
a) Besonders überwachungsbedürftige Abfälle (§§ 3 VIII, 41 KrW-/AbfG) . . . . .	147
aa) Begriff . . . . .	147
bb) Besondere Pflichten des Abfallbesitzers . . . . .	147
b) Überwachungsbedürftige und nicht überwachungsbedürftige Abfälle . . . . .	148
c) Allgemeine Überwachungsbefugnisse der Abfallbehörde . . . . .	148
2. Innerbetriebliche Überwachung . . . . .	149
a) Betriebsbeauftragter für Abfall . . . . .	149
b) Entsorgungsfachbetriebe . . . . .	149
VI. Zulassung von Abfallentsorgungsanlagen . . . . .	150
Fall 16: Die ungeliebte Müllverbrennungsanlage . . . . .	150
1. Der Anlagenbegriff . . . . .	151

2. Zulassung von Deponien . . . . .	152
a) Anzuwendende Vorschriften . . . . .	152
b) Zulassungsanspruch . . . . .	152
3. Zulassung von sonstigen Entsorgungsanlagen . . . . .	152
a) Die einzelnen Genehmigungserfordernisse . . . . .	152
b) Verfahrenserleichterungen für immissionsschutzrechtliche Abfallentsorgungsanlagen . . . . .	152
c) Berücksichtigung städtebaulicher Belange bei der Zulassungsentscheidung . . . . .	153
<b>§ 6. Der Schutz der Natur, der Landschaft und des Bodens . . . . .</b>	<b>156</b>
I. Einleitung . . . . .	156
II. Ziele und Grundsätze des Naturschutzes . . . . .	156
III. Die Landwirtschaft . . . . .	157
1. Die allgemeine Landwirtschaftsklausel (§ 2 III BNatSchG) . . . . .	157
2. Die besondere Landwirtschaftsklausel (§ 8 VII BNatSchG) . . . . .	158
3. Billigkeitsausgleich . . . . .	158
IV. Landschaftsplanung . . . . .	159
<i>Fall 17: Ein Landrat als Pionier . . . . .</i>	159
1. Überörtliche Landschaftsplanung . . . . .	159
a) Landschaftsprogramme . . . . .	160
b) Landschaftsrahmenpläne . . . . .	160
c) Verbindlichkeit der überörtlichen Landschaftsplanung . . . . .	160
d) Rechtsschutz . . . . .	161
2. Örtliche Landschaftsplanung . . . . .	161
a) Inhalt . . . . .	161
b) Verbindlichkeit der örtlichen Landschaftsplanung . . . . .	162
c) Rechtsschutz . . . . .	162
3. Fazit zur Landschaftsplanung . . . . .	163
V. Der allgemeine Gebietsschutz . . . . .	163
1. Der Schutz vor Eingriffen in Natur und Landschaft . . . . .	163
<i>Fall 18: Das Kraftwerk in der Au . . . . .</i>	163
a) Ziel der Eingriffsregelung . . . . .	164
b) Verfahrensrechtliche Fragen . . . . .	164
c) Inhaltliche Systematik der Eingriffsregelung . . . . .	165
aa) Eingriff . . . . .	165
bb) Verbot vermeidbarer Beeinträchtigungen . . . . .	166
cc) Pflicht zum Ausgleich unvermeidbarer Beeinträchtigungen . . . . .	167
dd) Ersatzmaßnahmen für unausgleichbare, aber vorrangig zugelassene Umwelteingriffe . . . . .	168
2. Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zur Bauleitplanung . . . . .	169
<i>Fall 19: Umstrukturierung eines brachliegenden Industriegebietes . . . . .</i>	169
a) Entwicklung des Verhältnisses Bauplanungsrecht – naturschutzrechtliche Eingriffsregelung . . . . .	169
b) Das geltende Recht . . . . .	170
c) Integration der Belange des Naturschutzes in die Bauleitplanung . . . . .	171
aa) Eingriff . . . . .	171
bb) Vermeidungsgebot . . . . .	171
cc) Ausgleichspflicht . . . . .	172
(1) Ausgleichsinstrumentarium . . . . .	172
(2) Ort der Ausgleichsmaßnahme . . . . .	172

(3) Zeitliche Anforderungen . . . . .	173
(4) Durchführung . . . . .	173
dd) Gewichtung der naturschutzrechtlichen Belange in der bauleitplanerischen Abwägung . . . . .	173
d) Fazit . . . . .	174
3. Duldungs- und Pflegepflichten . . . . .	174
a) Duldungspflichten . . . . .	174
b) Pflegepflichten . . . . .	174
VI. Besonderer Gebiets- und Objektschutz . . . . .	175
1. Gebietsschutz . . . . .	175
<i>Fall 20: Landwirte gegen „grüne Häuptlinge“</i> . . . . .	175
a) Schutzgebietskategorien . . . . .	175
aa) Naturschutzgebiete . . . . .	176
bb) Nationalparke . . . . .	178
cc) Biosphärenreservate . . . . .	178
dd) Landschaftsschutzgebiete . . . . .	178
ee) Naturparke . . . . .	179
b) Verhältnis zum Eigentumsgrundrecht . . . . .	179
c) Festsetzungsverfahren . . . . .	180
2. Europarechtliche Vorgaben für den Arten- und Biotopschutz . . . . .	181
a) Das Verfahren der Unterschutzstellung . . . . .	181
b) Das Schutzregime . . . . .	182
aa) Verschlechterungsverbot . . . . .	182
bb) Verträglichkeitsgrundsatz . . . . .	182
cc) Ausnahmen vom Verträglichkeitsgrundsatz . . . . .	183
3. Objektschutz . . . . .	183
VII. Verbandsbeteiligung und Verbandsklage . . . . .	184
1. Verbandsbeteiligung . . . . .	184
2. Verbandsklage . . . . .	185
VIII. Bodenschutz, insbesondere Altlasten . . . . .	186
1. Einleitung . . . . .	186
a) Bodenschutz als Teil umfassenden medialen Umweltschutzes . . . . .	186
b) Schutzobjekt Boden . . . . .	187
2. Das Bundesbodenschutzgesetz . . . . .	187
a) Ziel . . . . .	187
b) Anwendungsbereich . . . . .	188
c) Einzelne Pflichten . . . . .	188
aa) Vorsorgepflicht . . . . .	188
bb) Gefahrenabwehrpflicht . . . . .	188
cc) Entsiegelungspflicht . . . . .	189
d) Grenzwertvereinheitlichung . . . . .	189
3. Altlasten . . . . .	190
<i>Fall 21: Der verhängnisvolle Grundstückserwerb</i> . . . . .	190
a) Altlasten: Begriff und Realität . . . . .	190
b) Rechtsgrundlagen für Sanierungsanordnungen . . . . .	191
aa) Rechtsgrundlagen außerhalb des Bundesbodenschutz- gesetzes . . . . .	191
bb) Rechtsgrundlage im Bundesbodenschutzgesetz . . . . .	192
(1) Adressat der Anordnung . . . . .	192
(2) Notwendiger Sanierungsumfang . . . . .	192
(3) Kostentragungspflicht . . . . .	193
(4) Kostentragungspflicht bei Gefahrerforschungseingriff . . . . .	193
c) Grenzen der Haftung . . . . .	194

aa) Verjährung . . . . .	194
bb) Legalisierungswirkung behördlicher Gestattungen . . . . .	194
cc) Amtshaftung wegen Erteilung der Baugenehmigung . . . . .	195
(1) Beamte im haftungsrechtlichen Sinne . . . . .	195
(2) Pflichtverletzung . . . . .	195
(3) Schuldhaft . . . . .	196
(4) Drittbezogenheit . . . . .	196
(5) Unmittelbarer Zusammenhang . . . . .	196
dd) Normative Einschränkung der Zustandshaftung . . . . .	197
(1) Nutzungsvorteile . . . . .	197
(2) Wert des Grundstücks . . . . .	197
ee) Sonderrecht in den neuen Bundesländern . . . . .	198
d) Ergebnis . . . . .	198
<b>IX. Exkurs: Gentechnikrecht</b> . . . . .	199
1. Einführung . . . . .	199
2. Rechtsgrundlagen außerhalb des Gentechnikgesetzes . . . . .	200
3. Das Gentechnikgesetz . . . . .	200
<b>§ 7. Umweltvölkerrecht</b> . . . . .	203
<b>I. Einleitung</b> . . . . .	203
1. Geschichte des Umweltvölkerrechts . . . . .	204
2. Ergebnisse der Konferenz von Rio de Janeiro . . . . .	205
a) Rio-Deklaration . . . . .	205
b) Agenda 21 . . . . .	206
c) Wald-Grundsatzdeklaration . . . . .	206
d) Artenvielfaltskonvention . . . . .	207
e) Klimarahmenkonvention . . . . .	207
3. „Rio-follow-up“-Prozess . . . . .	207
a) Die Klimaschutzkonferenz von Kyoto . . . . .	207
b) Die Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen in New York . . . . .	208
<b>II. Quellen des Umweltvölkerrechts</b> . . . . .	208
<i>Fall 22: Zollfreier Import von Schwefeldioxid</i> . . . . .	208
1. Völkervertragsrecht . . . . .	209
2. Völkergewohnheitsrecht . . . . .	211
a) Das Verbot erheblicher grenzüberschreitender Umweltschädigungen . . . . .	211
b) Sonstige völkergewohnheitsrechtliche Grundsätze . . . . .	214
<i>Fall 23: Atomkraftwerk an der Grenze</i> . . . . .	214
aa) Informations- und Warnpflicht . . . . .	214
bb) Konsultationspflicht . . . . .	214
cc) Schadensvermeidungspflicht . . . . .	214
dd) Vetorecht . . . . .	215
ee) Recht zur ökologischen Intervention . . . . .	216
3. Allgemeine Rechtsgrundsätze . . . . .	216
4. Hilfsquellen . . . . .	217
a) Richterliche Entscheidungen . . . . .	217
b) Völkerrechtslehre . . . . .	217
5. Soft-law . . . . .	218
<b>III. Der Schutz des Einzelnen vor grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen</b> . . . . .	219
<i>Fall 24: Versalzenes Gemüse</i> . . . . .	219
1. Völkerrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten . . . . .	219

a) Grundsatz der Mediatisierung . . . . .	219
b) Gewährung diplomatischen Schutzes („Espousal of Claim“) . . . . .	220
2. Privatrechtliche Rechtsschutzmöglichkeiten . . . . .	220
a) Internationale Zuständigkeit . . . . .	220
b) Anwendbares Recht . . . . .	221
c) Extraterritoriale Wirkung der Genehmigung . . . . .	222
d) Besonderheiten der atomrechtlichen Haftung . . . . .	222
<i>Fall 25: Die „moderne Pest“ in Schwaben</i> . . . . .	222
aa) Haftungsgrundlagen . . . . .	222
bb) Probleme der Immunität und Vollstreckung . . . . .	223
cc) Schadensumfang und Kausalzusammenhang . . . . .	224
dd) Ausgleichsansprüche nach § 38 AtomG und Entschädigungsleistungen . . . . .	225
IV. Rechtsstellung ausländischer Grenznachbarn im Verwaltungs- verfahren und im Verwaltungsgerichtsprozeß . . . . .	225
<i>Fall 26: „Ausländerprobleme“</i> . . . . .	225
1. Völkerrechtliche Vorgaben . . . . .	226
2. Innerstaatliches Verfahrensrecht . . . . .	226
a) Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz . . . . .	226
b) Verwaltungsverfahren . . . . .	228
V. Umweltschutz und Handel . . . . .	228
<i>Fall 27: Von Schwertfischen und Haien</i> . . . . .	228
1. Die für den Umweltschutz zuständigen Institutionen der WTO . . . . .	229
2. Die Vereinbarkeit des Importverbots mit dem GATT . . . . .	230
a) Verstoß gegen Art. XI GATT . . . . .	230
b) Rechtfertigung nach Art. XX GATT . . . . .	232
<b>§ 8. Umwelteuroparecht</b> . . . . .	233
I. Einleitung . . . . .	233
II. Die Abgrenzung der Kompetenzgrundlagen . . . . .	238
<i>Fall 28: Der Streit um die richtige Rechtsgrundlage</i> . . . . .	238
1. Zulässigkeit . . . . .	239
2. Begründetheit . . . . .	240
a) Praktische Relevanz der Abgrenzung . . . . .	240
b) Abgrenzungstheorien . . . . .	241
aa) Subjektive Theorie . . . . .	241
bb) Objektive Theorie . . . . .	241
cc) lex-specialis-Theorie . . . . .	242
c) Abgrenzungsmethode des EuGH . . . . .	242
3. Ergebnis . . . . .	243
III. Der „nationale Alleingang“ im EG-Umweltrecht . . . . .	244
<i>Fall 29: Deutschland als „ökologischer Musterschüler“</i> . . . . .	244
1. Zulässigkeit . . . . .	245
2. Begründetheit . . . . .	245
a) Vorüberlegungen . . . . .	245
b) Formelle Verfassungsmäßigkeit . . . . .	246
c) Materielle Verfassungsmäßigkeit . . . . .	247
aa) Rechtfertigungsgrund . . . . .	247
bb) Schutzergänzung trotz Zustimmung bzw. Einstimmigkeit . . . . .	247
cc) Verhältnismäßigkeit i. w. S. . . . .	248
dd) Behinderung des Funktionierens des Binnenmarktes . . . . .	249
ee) Neue wissenschaftliche Erkenntnisse . . . . .	249
ff) Spezifisches Problem des Mitgliedstaates . . . . .	250

gg) Nachträgliches Problem des Mitgliedstaates . . . . .	250
hh) Keine willkürliche Diskriminierung . . . . .	250
ii) Keine verschleierte Beschränkung des Handels . . . . .	250
3. Ergebnis . . . . .	251
IV. Die Umsetzung von Umweltschutzrichtlinien in nationales Recht . . . . .	251
<i>Fall 30: Der Streit um die TA Luft</i> . . . . .	251
1. Zulässigkeit . . . . .	251
2. Begründetheit . . . . .	251
a) Allgemeine Anforderungen an die Umsetzung von EG-Richtlinien . . . . .	252
b) Umsetzungstauglichkeit der TA Luft . . . . .	253
3. Stellungnahme und Ergebnis . . . . .	254
V. Die Wirkungen von nicht bzw. nicht ordnungsgemäß umgesetzten Umweltschutzrichtlinien . . . . .	255
1. Das Institut der unmittelbaren Wirkung . . . . .	256
2. Subjektive unmittelbare Richtlinienwirkung . . . . .	257
<i>Fall 31: Die Berufung auf die strengeren EG-Grenzwerte</i> . . . . .	257
a) Begünstigende Wirkung im Vertikalverhältnis . . . . .	257
b) Keine unmittelbar belastende Wirkung . . . . .	258
c) Keine subjektive Wirkung im Horizontalverhältnis . . . . .	259
d) Begünstigende Wirkung im Dreiecksverhältnis . . . . .	259
e) Ergebnis . . . . .	260
3. Objektive unmittelbare Richtlinienwirkung . . . . .	260
<i>Fall 32: „Großkrotzenburg“</i> . . . . .	260
4. Richtlinienkonforme Auslegung und Rechtsfortbildung . . . . .	263
5. Vorwirkung . . . . .	263
6. Staatshaftung . . . . .	264
<b>Klausur: Der Autobahnbau</b>	
Sachverhalt . . . . .	265
Lösungshinweise . . . . .	266
Sachverzeichnis . . . . .	279